



von Helmut Markwort

Wie Brüssel die Chancen der Lufthansa verschlechtert und SPD-Chefs bequeme Posten finden

Montag

Die Lufthansa muss doppelt leiden. Erst hat Corona ihre Flugzeuge auf den Boden gezwungen, und jetzt, als Preis für die Rettung, beschädigt die EU-Kommission ihr Geschäft. Die Beamten aus Brüssel ordnen an, dass die Lufthansa auf den Flughäfen in Frankfurt und München bisherige Start- und Landerechte an Wettbewerber abtreten muss.

Nur mit dieser Auflage genehmigt die EU, dass die Bundesregierung der unverschuldet in Schwierigkeiten geratenen Airline mit einer Beteiligung zum Neustart verhilft. Und die Kredite müssen zurückgezahlt werden. Der Wettbewerbschaden bleibt.

Die Mitarbeiter der Lufthansa sind von dem Eingriff schockiert. In einem Brief an Kommissionschefin Ursula von der Leyen und an die Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager haben sie „erschüttert“ protestiert.

Die Personalvertretung Kabine appelliert an die beiden Frauen, nicht „mutwillig 135 000 Existenzen unmittelbar und rund 330 000 Existenzen mittelbar zu gefährden“.



Zwang Lufthansa-Chef Carsten Spohr leidet unter Eingriffen der EU-Präsidentin von der Leyen

In ihrem Brief bezweifeln sie die Fairness der geplanten Maßnahmen und beklagen die Missachtung der Regeln der sozialen Marktwirtschaft.

Offenbar unter dem Eindruck dieses Aufschreis und nach den Einwänden durch den Aufsichtsrat der Lufthansa hat Brüssel seine Bedingungen etwas abgemildert, aber was bleibt, ist immer noch unverständlich.

Die Lufthansa muss in Frankfurt und München je drei Start- und Landerechte pro Tag für bis zu vier Flugzeuge hergeben.

Nach den Regeln der Auktionen dürfen Wettbewerber sich die Slots herauspicken, die in den attraktivsten Flugzeiten liegen.

In München könnte der irische Billigflieger Ryanair zum Zug kommen und zu den eroberten Flugzeiten mit der Lufthansa konkurrieren.

Diese Möglichkeit empört die Mitarbeiter der Lufthansa besonders. Ihre sozial korrekten Arbeitsplätze sind durch die Auflagen aus Brüssel gefährdet, während die Zahl der „prekären Arbeitsverhältnisse“ zunehmen könnte.

Ryanair ist berüchtigt für seinen Umgang mit Mitarbeitern.

Dienstag

Wer in der SPD scheitert, muss sich wenig Sorgen machen. Hängematten aller Art stehen bereit. In den nächsten Tagen wird die Zukunft von Andrea Nahles geregelt. Die ehemalige Parteichefin soll Präsidentin der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation werden. Diese bisher wenig aufgefallene Behörde kümmert sich unter



Versorger Finanzminister Scholz hat einen gut bezahlten Posten für seine Ex-Chefin Nahles

anderem um die Versorgung der Beamten des früheren Staatsunternehmens Deutsche Bundespost.

Die Anstalt gehört zum Einflussbereich von Finanzminister Olaf Scholz, der seine Genossin Andrea gut versorgt hat. Nach unwidersprochenen Informationen startet sie mit einem Jahresgehalt von 180 000 Euro, das sich durch eine Anpassungsklausel wohl auf 200 000 Euro steigern wird. Den Dienstwagen darf die Präsidentin auch privat nutzen.

Sobald sie die Einkommensstufe von 200 000 Euro erreicht hat, kann sie sich gleichwertig fühlen mit ihrem ehemaligen Stellvertreter Thorsten Schäfer-Gümbel. Der Ex-SPD-Vize darf sich in seinem Versorgungsposten zwar nicht Präsident nennen, ist aber gleich mit 200 000 Euro gestartet. Nach mehreren Wahlniederlagen in Hessen tröstet er sich als einer der Vorstände der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.

Da er für Personal zuständig ist, erfährt er frühzeitig, wenn Posten frei werden.

FOCUS-Gründungschefredakteur Helmut Markwort ist seit November 2018 FDP-Abgeordneter im Bayerischen Landtag.

Fotos: dpa